



Geschäftsführung Gesundheitsausschuss

Herr Schumacher

Telefon: (0221) 25726

Fax: (0221) 26500

E-Mail: christian.schumacher@stadt-koeln.de

Datum: 04.09.2019

Niederschrift

über die **Sitzung des Gesundheitsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 13.09.2018, 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Michael Paetzold	SPD
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD
Herr Sven Kaske	SPD
Herr Dr. Jürgen Strahl	CDU
Herr Joachim Heinlein	GRÜNE
Frau Ursula Röhrig	DIE LINKE
Frau Bettina Houben	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Dr. med Martin Theisohn	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Elke Bussmann	SPD
Herr Dr. Tobias Jacquemain	auf Vorschlag der SPD
Herr Ulrich Krüger	Bürgerzentrum Ehrenfeld
Frau Sabine Stiller	CDU
Frau Beate Hane-Knoll	auf Vorschlag von DIE LINKE

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Sophie Säger	TX Köln
-------------------	---------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Michael Winkler auf Vorschlag der AFD-Fraktion

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Mehmet Akif Ayata MeVana

Beratende Mitglieder

Herr Thilo Fußen Aidshilfe Köln e.V.

Frau Uta Grimbach-Schmalfuß Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Gerdi Hugoth auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Beratende Mitglieder

Frau Stella Shcherbatova Synagogen-Gemeinde Köln

Herr Hartmut Steffens auf Vorschlag der CDU

Herr Ahmet Edis GOL

Frau Dr. Christine Kuch auf Vorschlag der Grünen

Herr Robert Gaida auf Vorschlag der FDP

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Herbert Mück Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna begrüßt die Anwesenden.

Es wird darum gebeten, den Tagesordnungspunkt 5.1 sowie den als Tischvorlage eingebrachten Änderungsantrag 5.1.1 in der nächsten Sitzung des Gesundheitsausschusses am 30.10.2018 zu beraten. Des Weiteren wird der Tagesordnungspunkt 5.2 von der FDP zurückgezogen, der Tagesordnungspunkt 6.7 als Tagesordnungspunkt 6.4 sowie der Tagesordnungspunkt 12.2 unter dem Tagesordnungspunkt 11.2 beraten.

Der Jahresbericht der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln unter dem Tagesordnungspunkt 12.1 im nichtöffentlichen Teil, darf nach Rücksprache mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband ohne den Verwendungsnachweis zitiert werden.

Die Tagesordnung wird daher einstimmig wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag Situation der Hebammen in Köln

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

5.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten 0845/2018

5.1.1 TOP 5.1

Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten, 0845/2018
AN/1321/2018

5.2 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr
AN/0274/2017/1

5.3 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2018
2775/2018

5.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
2677/2018

5.5 Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen
2754/2018

6 Mitteilungen

- 6.1 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW)
1656/2018
- 6.2 Jahresbericht Beratungsbus B.O.J.E. 2017
1756/2018
- 6.3 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln"
2024/2018
- 6.4 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Projektlaufzeit
2559/2018
- 6.5 Anfrage zum 18. Flüchtlingsbericht: Integration der Flüchtlinge, Besuchsmöglichkeiten in den Unterkünften
2308/2018
- 6.6 21. Bericht zur Situation Geflüchteter
2367/2018
- 6.7 Nachfrage zum 20. Bericht zur Situation Geflüchteter
2451/2018
- 6.8 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018
2560/2018
- 6.9 Demenznetzwerke in Köln
2631/2018
- 6.10 Anpassung an den Klimawandel
3366/2016
- 6.11 Fachtag „Gewalterfahrungen in der Pflege – Vorbeugen und Erkennen“ Kölner Appell gegen Gewalt in der häuslichen Pflege
2755/2018
- 6.12 Bericht im Rahmen des laufenden Ombudsverfahrens bei der Berufsfeuerwehr
1863/2018
- 6.13 Mitteilung zum Planungsstand "Erweiterung der Feuerwache 9 in Köln-Mülheim"
2912/2018

7 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Vortrag Situation der Hebammen in Köln

Nach einer kurzen Einführung durch die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte informieren die Hebammen Frau Freischütz und Frau Herfort anhand einer der Niederschrift beigefügten Präsentation über die Situation der Hebammenversorgung in Köln.

Auf die Nachfrage von RM Herrn Dr. Strahl, wo denn ein Ansatzpunkt sei, bei dem die Stadt Köln helfen könne, informiert Frau Herfort, dass es bereits Netzwerke in NRW gebe, bei denen eine Koordinationsstelle kommunal finanziert werde. Das Netzwerk sei nicht mehr wie ursprünglich zur Unterstützung der einzelnen Hebammen vorgesehen, sondern viel mehr für die Frauen und Familien. Dies sei der Grund für eine kommunalen Finanzierung und damit der Wunsch einer Unterstützung durch die Stadt Köln.

Frau Herfort bejaht ausdrücklich die ergänzenden Rückfragen von RM Herrn Dr. Strahl, dass der Beruf als solches noch attraktiv sei und die Hebammenschulen mehr ausbilden können sollte.

SB Frau Houben erkundigt sich, ob eine statistische Auswertung über die steigende Zahl der Sectiones existiere oder diese Entwicklung eher gefühlt sei.

Frau Freischütz merkt an, dass es keine statistische Auswertung gebe. Der Berufsverband der Hebammen würde dieses Thema etwas anders als die Krankenhäuser sehen. Es komme immer darauf an, wessen Zahlen zu Grunde gelegt würden, jedoch sei ein deutlicher Anstieg bemerkbar.

SB Frau Röhrig betont, dass es wichtig sei einen Ausbildungsstandort in Köln anzusiedeln, um die Hebammen an den Standort Köln zu binden. Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, informiert, dass die Uniklinik mit einer Ausbildungsstätte starten wolle, es jedoch aktuell eine Diskussion über die Frage Ausbildung und/oder Studium gäbe. Damit eine universitäre Anbindung möglich sei, sei die aktuelle Ausschreibung für die Leitungsstelle der Schule mit einem entsprechenden Hinweis bedacht worden.

SE Herr Dr. Theisohn fragt nach, ob es sinnvoll sei, eine Hebammenkammer einzurichten.

Frau Freischütz merkt diesbezüglich an, dass der Berufsstand der Hebammen mit 28.000 Hebammen in ganz Deutschland ziemlich klein sei. Aus diesem Grund würde nur die Gründung einer Bundeshebammenkammer in Frage kommen.

Die Berufsverbände seien schon aufgrund der rechtlichen Hürden in Zusammenarbeit mit der Bundespolitik, weil das Interesse dahingehend sehr groß sei.

Auf die Frage von RM Herrn Paetzold, woher die Nachwuchsprobleme kommen würden und ob der Bedarf größer geworden sei, entgegnet Frau Freischütz, dass das Interesse an dem Beruf nach wie vor groß sei, aber das Problem der Verbleib im Beruf sei. Es gebe kaum eine Vollzeitstelle, weil die strukturellen Voraussetzungen nichts anderes zulassen. Die mit einem überwiegenden Frauenberuf verbundene Ausfallquote durch eigene Kinderphasen sowie die ähnlich hohe Ausstiegsquote wie in den Pflegeberufen seien ein wesentlicher Grund für den Bedarf an neuen Hebammen. Frau Herfort ergänzt, dass der Beruf durch die ständige Bereitschaft für die Frauen da zu sein, nicht familienkompatibel sei. Ein Vertretungssystem der Hebammen untereinander würde einen Gewinn bringen und zur Verbesserung beitragen.

RM Herr Paetzold erkundigt sich, ob mit den normalen Einnahmen der Hebammen die hohe Haftpflichtversicherung für ambulante Entbindungen zu finanzieren sei.

Frau Freischütz merkt an, dass sich die Situation verbessert habe. Auf Antrag gewährten die Krankenkassen einen Zuschuss zu der Haftpflichtprämie in Höhe von 9.000,- € im Jahr, sodass nur noch Kosten in Höhe von ca. 2.000,-€ von den Hebammen getragen werden müssten.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Beschlussvorlagen

**5.1 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten
0845/2018**

Aufgrund eines Änderungsantrages der CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

5.1.1 TOP 5.1

**Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vom 08.03.2018 zur Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) auf Erlaubnis zur kontrollierten und lizenzierten Abgabe von Cannabisprodukten, 0845/2018
AN/1321/2018**

Aufgrund diesen Änderungsantrages der CDU und Bündnis 90/Die Grünen wird die Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt beraten.

**5.2 Anbindung von privaten Rettungswagen zur Notfallrettung an die Leitstelle der Berufsfeuerwehr
AN/0274/2017/1**

Der Antrag wurde von der FDP zurückgezogen, da das Ziel bereits umgesetzt wurde.

**5.3 Förderung von Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich, Haushaltsjahr 2018
2775/2018**

Beschluss:

Der gemeinsame Unterausschuss Selbsthilfegruppen empfiehlt dem Gesundheitsausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Gesundheitsausschuss beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses „Selbsthilfegruppen“ des Gesundheitsausschusses sowie des Ausschusses für Soziales und Senioren, im Haushaltsjahr 2018 die Selbsthilfegruppen im Gesundheitsbereich gemäß der beigefügten Anlage, zu fördern. Mittel stehen im Teilplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Die Restmittel werden der Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln zur Unterstützung städtisch nicht geförderter, originärer Selbsthilfegruppen zur Verfügung gestellt. Sie dienen der Förderung von Aktivitäten, die aufgrund der geringen Antragshöhe, einmaliger Förderanfrage, o. Ä. nicht vom Gesundheitsamt bezuschusst werden.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschüsse, abzüglich der bereits gewährten Abschlagszahlungen, zu bewilligen und auszuzahlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln
2677/2018**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt

Herrn Christoph von den Driesch für die Pflegeversicherung

(bisher Herr Eric Kerwel),

zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen

sowie

Herrn David Klapheck für die Freien Wohlfahrtsverbände

(bisher Herr Franz Schumacher)

und

Herrn Norbert Teutenberg für die Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Köln

(bisher Herr Fritz Papenbrock)

zu stellvertretenden Mitgliedern der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln zu berufen.

Die Bestellung der genannten bisherigen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

5.5 Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen 2754/2018

RM Herr Paetzold freut sich, dass der Proberaum nun endlich entfristet sei und nun verstetigt werde.

Beschluss:

Der Rat beschließt eine jährliche Förderung zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen in Höhe von 123.000 € im Haushaltsjahr 2018 zzgl. einer jährlichen Tarifsteigerung ab 2019ff. für Personalaufwendungen.

Hierzu beschließt der Rat für das Haushaltsjahr 2018 einen Zuschuss von 123.000 € und genehmigt einen entsprechenden Mehrbedarf im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste bei Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen.

Der Mehrbedarf wird finanziert durch Einsparungen innerhalb desselben Teilergebnisplanes bei gleicher Teilplanzeile.

Die notwendigen Mittel für die Weiterführung des Zuschusses zzgl. der jährlichen Tarifsteigerung für Personalaufwendungen werden in der Haushaltsplanung 2019 ff. berücksichtigt.

Alternative

Der Rat stimmt dem Mehrbedarf für den Zuschuss zu den Betriebskosten des Beratungscafés „Proberaum“ im Sozialpsychiatrischen Zentrum Rodenkirchen nicht zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

6 Mitteilungen

6.1 Bericht über die örtliche Planung nach § 7 Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) 1656/2018

SB Frau Houben merkt lobend an, dass die Anlage 2 ein wunderbares Nachschlagewerk mit Adressen sei.

SE Herr Dr. Theisohn erklärt, dass, auch wenn erst zwei Jahre später als in anderen Regionen, die Seniorenvertretung dankbar sei, dass nun der 1. Kölner Bericht vorlege.

Er folgert aus dem Bericht, dass nach den statistischen Erwägungen sowohl 200 Betten als auch in absehbarer Zeit 1.000 Pfleger mehr benötigt würden. Der Bericht weise jedoch am Ende den aus seiner Sicht falschen Schluss auf, dass kein zusätzlicher Bedarf bestehe. Die Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik in Kalk habe dazu einen Beschluss gefasst, da es vor Ort einen akuten Mangel an Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen gebe.

Bisher werde eine Planung der Stadt Köln vermisst, obwohl im APG NRW die Planung als besondere Aufgabe der Kommunen und der kreisfreien Städte beschrieben werde.

Frau Beigeordnete Dr. Klein kündigt an, dass sie den Antrag mitnehme und diesen innerhalb des Sozialamtes diskutieren werde. Hinsichtlich der Versorgung älterer Menschen bedürfe es ausdrücklich planerischer Überlegung zur Sicherung derselben.

RM Frau Gärtner merkt an, dass der Bericht zuvor in der Konferenz Alter und Pflege gewesen sei. Diesbezüglich stehe auch noch die Beantwortung einer Anfrage zur Umsetzung aus der letzten Sitzung des Sozialausschusses aus. Der Bericht sei wertvoll und gleichzeitig eine hervorragende Bestandsaufnahme der angesprochenen Bedarfe. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung müsse die Politik in den nächsten Monaten diese für Themen abarbeiten.

RM Herr Paetzold weist daraufhin, dass es vor fünf Jahren noch keine Wartelisten gegeben habe. Durch den Wegfall von Doppelzimmern aufgrund des APG entstehe nun der Bettenmangel. Das wesentliche Problem bestehe jedoch in der Personal-Akquise aufgrund der mangelnden Attraktivität des Berufes.

6.2 Jahresbericht Beratungsbus B.O.J.E. 2017 1756/2018

RM Herr Paetzold betont, dass die B.O.J.E. ein hervorragendes Angebot sei und er selten einen so guten Bericht gesehen habe.

Auf die Frage von SB Herr Heinlein, ob es finanzielle Sorgen gebe, die mit dem Projekt B.O.J.E. verbunden sei, entgegnet die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, dass das Projekt BOOT von der B.O.J.E. fremdfinanziert werde. Das BOOT oder Plan 27 seien niederschwellige Zugänge für junge Menschen mit psychischen Problemen und eignen sich besser als der B.O.J.E. Bus für ruhige Gespräche.

6.3 Aktueller Sachstand des Programms "Starke Veedel - Starkes Köln" 2024/2018

RM Herr Paetzold merkt an, dass nun viele wichtige Projekte wegfallen, weil das Land kurzfristig seine Förderrichtlinien geändert habe.

SE Frau Bussmann hat eine Rückfrage zur Seite 6 und möchte, dass der Begriff Gebietskörperschaft erörtert werde. Diese müsse nach Hinweisen durch das Land NRW noch überprüft werden. Die ISEKs Meschenich und Rondorf seien seitens des Rates der Stadt Köln beschlossen und seitens des Landes NRW anerkannt.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte kündigt an, dass die Rückfrage weitergeben und die Beantwortung dem Gesundheitsausschuss zur Kenntnis gegeben werde.

6.4 Projekt „Plan27“ – Aufsuchendes Hilfeangebot für junge Menschen mit psychischen Problemen – Zwischenauswertung nach einem Jahr Projektlaufzeit 2559/2018

SB Herr Heinlein merkt an, dass das Projekt „Plan27“ eins der ganz frühen Projekte aus dem Rahmen „Starke Veedel – starkes Köln“ sei und damit auch als erstes auslaufe. Er fragt nach, warum das Projekt „Plan27“ nicht im Haushalt 2019 eingebracht wurde und wie der Zusammenhang zwischen dem Projektmanagement und dem Haushalt sei.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte, antwortet, dass es eine große Herausforderung sei das Projekt finanziell wie auch unter den Anforderungen des Landes zu managen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt zeige das noch bis ins nächste

Jahr laufende Projekt eine hohe Sinnhaftigkeit. Die Verwaltung habe den Bericht bewusst in die heutige Sitzung eingebracht, damit eine Chance bestehe, dass Projekt unter dem Aspekt der laufenden Haushaltsberatung nochmal zu diskutieren.

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass intern diskutiert werden müsse, ob die Verwaltung eine Möglichkeit habe, eine Vorlage zu platzieren, die außerhalb des Haushalts zusätzlich die Mittel bereitstelle.

RM Herr Paetzold ermuntert die Verwaltung zu einer Beschlussvorlage und betont, dass eine derartige Vorlage bei der GRÜNEN und der SPD Fraktion auf offene Türen stoße.

Auf die Nachfrage vom SB Herr Heinlein, wie sich die Verwaltung die Steuerung dieses Projektes vorstelle, antwortet Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass sich die Förderkulisse des Landes hinsichtlich eines Schwerpunktes zum Thema Kinderarmut verändert habe und das zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) dieses Programm in dieser Form nicht mehr fortführe.

Die Verwaltung versuche kommunale Mittel bei Projekten, die weiterhin Bestand haben müssen, durch eine Umstrukturierung der im Förderprogramm bereitgestellten Mittel zu nutzen.

RM Frau Gärtner erwähnt, dass aufgrund einer Anschubfinanzierung vom Land, das Projekt „Plan27“ von vornherein befristet war. Wenn ein derartig gefördertes Projekt sich als effektiv zeige und weiterverfolgt werden sollte, müsse sich die Verwaltung hierbei eine andere Finanzierungsoption überlegen.

6.5 Anfrage zum 18. Flüchtlingsbericht: Integration der Flüchtlinge, Besuchsmöglichkeiten in den Unterkünften 2308/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.6 21. Bericht zur Situation Geflüchteter 2367/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.7 Nachfrage zum 20. Bericht zur Situation Geflüchteter 2451/2018

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.8 Kinder- und Jugendgesundheit in Köln – Bericht 2017/2018 2560/2018

SB Herr Heinlein bedankt sich für den sehr informativen Bericht und fragt nach, ob es eine Großstadt gäbe, die eine Idee habe, mit der Frage Adipositas umzugehen.

Die Leiterin des Gesundheitsamtes, Frau Dr. Bunte betont, dass die Prävention der Adipositas bei Kindern und Jugendlichen eine gesamtgesellschaftliche Debatte sei. Bei den Treffen der Großstadtgesundheitsämter bestehe ein guter Austausch zu Präventionsstrategien und –angeboten, aber bis jetzt habe keiner ein Allheilmittel finden

können. Es werde gerade kritisch diskutiert, ob das Schulobst und das gesunde Frühstück in den Schulen wirklich etwas bewege. Frau Dr. Bunte befürwortet das Angebot sehr, denn auch wenn dieses Angebot für das Gewicht weniger bewegen könne, so seien die Zähne bei den Kindern und Jugendlichen deutlich gesünder. Zudem müsse der Fokus darauf liegen, in den Kindertagesstätten und in den Schulen weitere Bewegungsangebote anzubieten und über die Kinder in Kontakt zu den Eltern zu treten.

RM Herr Dr. Strahl bedankt sich für den Bericht und lobt zudem die Verwaltung, dass diese die Masernsituation voll unter Kontrolle habe.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Dr. Unna dankt allen Beteiligten für den Bericht und fügt an, dass Bewegung bei Jugendlichen der Schlüssel zur Gesundheit sei.

Frau Beigeordnete Dr. Klein knüpft an die Aussage von dem Ausschussvorsitzenden RM Herr Dr. Unna an, dass unter der Überschrift „Köln kommt in Bewegung“ eine Sportentwicklungsplanung auf den Weg gebracht werde. Zudem könne eine Zuckersteuer bundesweit ein wesentlicher Baustein für eine bessere Ernährung sein.

RM Herr Paetzold weist auf die Problematik hin, dass die Zahnärzte versuchten, Karies bei Kindern zurückzudrängen und gleichzeitig gezuckerte und durch öffentliche Mittel geförderte Milch oder Kakao in den Verkehr gebracht werde.

6.9 Demenznetzwerke in Köln 2631/2018

SE Herr Dr. Theisohn bedankt sich für die ausführliche Darstellung und möchte dafür sensibilisieren, dass der Umgang mit dementen Personen verbessert werden müsse. Gleichzeitig solle das Ziel verfolgt werden, dass demente Bürger in ihrem vertrauten Umfeld wohnen bleiben können.

6.10 Anpassung an den Klimawandel 3366/2016

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6.11 Fachtag „Gewalterfahrungen in der Pflege – Vorbeugen und Erkennen“ Kölner Appell gegen Gewalt in der häuslichen Pflege 2755/2018

Das RM Herr Paetzold bedauert, dass Politikern eine Teilnahme am Fachtag aufgrund des Mittwochstermins nicht möglich war. Er freue sich jedoch, dass die Verwaltung den Fachtag veranstaltet habe.

SE Herr Dr. Theisohn und RM Herrn Dr. Strahl empfinden es als wichtig und gut, dass die Veranstaltung über Gewalterfahrungen in der Pflege veröffentlicht werde, denn die Gewalt resultiere zu einem hohen Prozentsatz nicht aus böser Absicht sondern aus einer Überforderung aller Beteiligten.

6.12 Bericht im Rahmen des laufenden Ombudsverfahrens bei der Berufsfeuerwehr 1863/2018

RM Herr Dr. Strahl merkt an, dass die sachliche Abarbeitung positiv sei und zu einer Verbesserung aller Beteiligten führe.

**6.13 Mitteilung zum Planungsstand "Erweiterung der Feuerwache 9 in Köln-Mülheim"
2912/2018**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

7 Mündliche Anfragen

1)

RM Herr Kaske bezieht sich auf den von der Presse monierten Zustand der Hub-schrauberstation am Flughafen und fragt nach, wie die Feuerwehr hinsichtlich baufälliger Container weiter vorzugehen gedenke.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, merkt an, dass es ein Gespräch mit dem Stadtdirektor und dem ADAC in der nächsten Woche geben werde. Nach derzeitigem Kenntnisstand stünden alle vom ADAC geforderten Maßnahmen auf der Agenda. Die Verwaltung brauche für die angesprochenen Container, die mit einer besseren Dämmung ausgestattet in der Beschaffung seien, unter anderem noch eine Baugenehmigung. Des Weiteren seien die geringfügigen Probleme, die eine erst neulich durchgeführte Begehung mit dem Arbeitsschutz der Bezirksregierung Köln aufgeworfen habe, alle gelöst worden. Herr Feyrer bietet eine Richtigstellung in Form eines Berichtes über die Situation vor Ort an.

RM Herr Paetzold bedauert, dass seitens der Feuerwehr niemand Stellung zu den Presseberichten genommen habe.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, gibt an, dass in letzter Zeit vermehrt falsche Darstellungen in der Öffentlichkeit verbreitet worden seien und es eine Strategie darstelle, nicht alles zu kommentieren.

Der Ausschussvorsitzende, RM Herr Dr. Unna, bittet Herrn Feyrer um den angebotenen öffentlichen Bericht.

2)

RM Herr Kaske fragt nach, wie es mit einer Modernisierung des Gebäudes und der Technik bei der Feuerwache 10 stehe, da der geplante Neubau sich verzögere. Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, antwortet, dass der Neubau aufgrund gravierender Mängelleistungen stagniere. Die Verwaltung als Bauherr habe die Verzögerung zur Kenntnis genommen, gehe jedoch weiterhin davon aus, dass eine Betriebsaufnahme Anfang nächsten Jahres realistisch sei.

Auf die Nachfrage von RM Herr Kaske, ob Instandhaltungen durchgeführt würden, wenn sich der Neubau weiter verzögere, antwortet der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, dass diese nach derzeitigem Planungsstand am alten Gebäude lediglich bei sicherheitsrelevanten Maßnahmen erfolgen würden.

3)

In Bezug auf den Zwischenfall bei Carbosulf Chemische Werke GmbH möchte RM Herr Dr. Strahl wissen, welche sinnvollen Maßnahmen der Bezirksregierung vorzuschlagen seien, um den Meldeablauf bei Schäden zu optimieren.

Der Leiter des Amtes für Feuerschutz, Rettungsdienst und Bevölkerungsschutz, Herr Feyrer, merkt an, dass die Stadt Köln ein gut funktionierendes Meldesystem habe. Dem Meldesystem sei Carbosulf noch nicht angeschlossen, denn eine der Voraussetzungen sei es, eine qualifizierte Meldung an die Stadt Köln abgeben zu können. Mit der Geschäftsleitung der Firma Carbosulf sei die Verwaltung schon in Verhandlungen, damit qualifiziertes Personal durchgehend im 24-Stunden-Betrieb vor Ort sei, um die Voraussetzungen für das Meldesystem zu gewährleisten.

Dr. Unna

Ausschussvorsitzender

Schumacher

Schriftführer